

Antrag – Nur für Flüchtlinge aus der Ukraine

Landkreis Hameln-Pyrmont
Amt für Zuwanderung

Antrag auf Erteilung/Verlängerung eines Aufenthaltstitels

1. Antragssteller

Familienname	
Geburtsname	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Größe	
Augenfarbe	
Staatsangehörigkeit	
Volkszugehörigkeit	
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet seit:
Leben Sie derzeit getrennt?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja seit:
Religion (freiwillige Angabe)	

2. Ehegatte

Familienname	
Geburtsname	
Vorname	
Geburtsdatum	
Geburtsort	
Staatsangehörigkeit	
Wohnort	
Bei ausländischen Ehegatten	<input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis bis: <input type="checkbox"/> Fiktionsbescheinigung <input type="checkbox"/> Aufenthaltsgestattung <input type="checkbox"/> Duldung <input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis <input type="checkbox"/> Erlaubnis zum Daueraufenthalt/EU <input type="checkbox"/> Recht auf Freizügigkeit <input type="checkbox"/> ARB 1/80

Antrag – Nur für Flüchtlinge aus der Ukraine

3. Wohnsitz in Deutschland (genaue Anschrift mit Postleitzahl, Ort und Straße mit Hausnummer):

Telefon/Handy/Fax/E-Mail (freiwillige Angabe):

4. Wird der ständige Wohnort außerhalb Deutschlands beibehalten?
 nein ja, in:
(Bitte genaue Heimanschrift eintragen)
5. Sollen Familienangehörige mit einreisen oder nachkommen? nein ja
Wenn ja, welche?
6. Zweck des Aufenthalts in Deutschland?

Ausbildung

- Studium/Studienvorbereitung/Studienbewerber
 berufliche Ausbildung
 Sprachkurs (ohne Studium)/Schulbesuch
 Anerkennung ausländischer Qualifikation

Name der Studienanstalt/Universität/Schule/Arbeitgeber usw.:

Fachrichtung/Beruf:

Erwerbstätigkeit

- Beschäftigung selbstständige Tätigkeit
 Blaue Karte EU Sonstiges:

Arbeitgeber/Firma:

Tätigkeit/Beruf:

Humanitäre Gründe

- Asylberechtigung Flüchtlingseigenschaft
 subsidiärer Schutz Abschiebeverbot
 Sonstiges

Familiäre Gründe

- Aufenthalt bei Familienangehörigen mit deutscher Staatsangehörigkeit
 Aufenthalt bei Familienangehörigen mit ausländischer Staatangehörigkeit
 Geburt im Bundesgebiet
 Sonstiges:
 Sonstige Aufenthaltszwecke (bitte näher erläutern)

Ich beantrage die Erteilung eines Aufenthaltstitels in Form einer

- Aufenthaltserlaubnis (befristet)
- Niederlassungserlaubnis (unbefristet)
- Erlaubnis zum Daueraufenthalt EU
- Aufenthaltskarte EU
- Daueraufenthaltskarte EU

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen sowie vollständig gemacht zu haben. Außerdem erkläre ich, dass derzeit kein Verfahren nach dem Straf- bzw. Ordnungswidrigkeitengesetz gegen mich eingeleitet ist.

Hinweise nach § 54 Abs. 2 Nr. 8 und § 82 Aufenthaltsgesetz

Ich wurde darauf hingewiesen, dass

- das Ausweisungsinteresse gem. § 52 Abs. 2 Nr. 8 AufenthG schwer wiegt, wenn falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines Aufenthaltstitels, eines Passersatzes, der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht oder der Aussetzung der Abschiebung gemacht wurden oder nicht an Maßnahmen der für die Durchführung dieses Gesetzes oder des Schengener Durchführungsübereinkommens zuständigen Behörden mitgewirkt wurde
- unrichtige oder unvollständige Angaben den Strafbestand des § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG erfüllen. Die Straftat kann mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden.
- ich meine Belange und für mich günstige Umstände, soweit sie nicht offensichtlich oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen habe und die erforderlichen Nachweise über meine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen, Erlaubnisse und Nachweise unverzüglich beizubringen habe. Nach Ablauf der dafür von der Ausländerbehörde gesetzten Frist geltend gemachten Umstände und beigebrachten Nachweise können unberücksichtigt bleiben.
- für die Bearbeitung des vorstehenden Antrags grundsätzlich eine Bearbeitungsgebühr erhoben wird, die auch im Falle der Rücknahme des Antrags oder der Versagung der beantragten Amtshandlung nicht wieder zurückgezahlt wird.

Datenschutzrechtlicher Hinweis

Die im Antrag verlangten Angaben beruhen auf dem Aufenthaltsgesetz und ausländerrechtlichen Vorschriften. Wegen der Vielzahl der Bestimmungen können im Einzelfall geltende Rechtsgrundlagen bei der Ausländerbehörde gerne erfragt werden.

Ort, Datum

Ggf. bei minderjährigem/geschäftsunfähigem Antragsteller

Unterschrift Antragsteller

gesetzl. Vertreter/Betreuer/
Vormund